

Dresdner Volkszeitung

Postfachamt: Dresden.
Gabel & Komp., Nr. 1288.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verleger:
Gebr. Arnold, Dresden
und Ed. J. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meßdorf und Dresden-Altbau

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Wohlfahrt“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Zeitungsplatz 10, Telefon 26 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Zeitungsplatz 10, Telefon 26 261.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Goldpf., die 30 mm breite Reflamzeile 150 Goldpf., für auswärtsige Anzeigen 35 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen- u. Reisefuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefbeilage 10 Goldpf.

Nr. 89

Dresden, Montag den 14. April 1924

35. Jahrg.

Deutschnationale Außenpolitik

„Unbestimmt um die Folgen...“

Die außenpolitische Begleitmusik zum Hitler-Putsch hat uns mit großer Deutlichkeit die Gefahr zeigt, in die das deutsche Volk bei einem Erfolg der völkischen Putschisten gedrückt worden wäre: Koch in der Nacht des 8. November, nach dem ersten Eingang der alarmierenden Nachrichten aus München, ist auf telegraphischem Wege die Uebereinstimmung über die zu ergreifenden Maßnahmen zwischen Frankreich, Polen und der Tschecho-Slowakei hergestellt worden.

Diese Gefahr eines militärischen Eingreifens der uns umschließenden Staaten ist durch den Zusammenbruch des Bündnisses glücklich abgewendet worden. Aber auch so schon ist das Unheil groß genug, daß die Deutschnationalen und Deutschnationalen anrichten. Sie tragen die Hauptlast, wenn die Versuche, auf dem Wege der Erfüllungspolitik eine Verständigung zwischen den europäischen Völkern herbeizuführen und die Gewaltspolitik an der Seine zu isolieren (abzulenken), bisher keine Erfolge erzielt haben. Die Propaganda seitens der deutschen Reaktion sind der Art, daß sie schon fast ins Bröckeln geratene Einheitsfront der Völkern gegen Deutschland immer wieder zusammenhält. Den Deutschnationalen und Deutschnationalen verdanken wir es, wenn das Ausland nur ängstlich einareißt, um die deutsche Not zu lindern (wegen „empörender Verbredren gegen unschuldige Juden“ in Deutschland wurde im amerikanischen Kongreß der Antrag, zur Unterstützung der deutschen Bevölkerung 5 Millionen Dollar zu bewilligen, „aufgeschoben“).

Wie heuchlerisch und verlogen das Geschrei der Deutschnationalen gegen die Unterzeichner des Versailler Vertrages ist, hat ja der Demokrat Bohrer in seinen Erinnerungen gezeigt. Haben doch damals die Führer der Bürgerlichen, darunter die Deutschnationalen Graf Posadowski, Dietrich und Schulz (Wormberg) unter dem Druck der Stunde, um das Vereindbrechen einer Katastrophe zu verhüten, durch den Volksparteiler Dr. Selinge ausdrücklich der Regierung erklärt lassen, daß sie ihr „keinen Vorwurf machen würden, wenn sie unterzeichnete“. Erst auf Grund dieser Erklärung der Vertragsgegner wurde damals der Vertrag unterschrieben. Zudem haben die Reichsparteien am allerwenigsten Veranlassung, über den Friedensvertrag zu schreiben. Denn was uns heute geschieht, ist nichts anderes, als was die Alldeutschen den andern Völkern tun wollten!

Aber mit derselben Verantwortungslosigkeit, die sie während des Krieges auszeichnete, heken sie auch heute noch zu einem Bruch mit Frankreich, d. h. mit den Allierten und zu einem neuen Kriege:

„Auf Weberschein in der zweiten Schlacht bei Leipzig!“ (General von der Goltz am 2. 3. 24 in Jena).

„Das Volk lenkt die Boesen...“ wird für seine heutige falsche Politik vollauf geschildert werden, noch ehe das Haar auf dem Scheitel unserer jungen Kinder ergreut.“ (Im deutschnationalen Tag).

Wenn der Augenblick für uns gekommen ist, „dann wird sein Heulen und Zähneklappern, dann werden wir, unsere Kinder und Kindeskinder ihnen tausendfältig heimaufen, was sie uns angetan.“ (Von Sodenstern in der Deutschen Zeitung). Welche Zellen vorher hatte er verübt, „Krieg können wir nicht führen, das weiß in Deutschland jedes Kind“.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion lehnte im September vorigen Jahres „die Verantwortung für jede Politik der Schwäche und der Scheu vor der letzten Entscheidung ab.“ Und ihr Vorsitzender, der große Prophet Herat fordert am 1. April dieses Jahres (sein Wirtshaus): „Unbestimmt um die Folgen müßte die Tatsache, daß der Geener selbst durch den unrechtmäßigen Einmarsch in das Ruhrgebiet den Versailler Vertrag gebrochen habe, die Tragweite der Besatzungskosten abgesehen und die Revision des Versailler Vertrags verlangt werden.“ Und im März dieses Jahres: „Der passive Widerstand (an der Ruhr) hätte damals bis zum aktiven Widerstand und wenn nötig, bis zur Offensive ausgedehnt werden müssen.“

Nach diesen Reden deutschnationaler Prosas sollte man annehmen, daß die Deutschnationalen den Krieg mit Frankreich wollen. Aber während des Ruhrkonfliktes erklärte ihr Vorsitzender Herat ausdrücklich: Die deutschnationale Partei halte zwar eine nachpolitische Lösung des Ruhrkonfliktes für möglich, das heißt aber nicht, daß sie einen Krieg mit Frankreich wünsche... Wenn sie über keinen Krieg wollen, warum reden sie denn immer davon? Glauben sie wirklich das Ausland blüssen zu können? Können sie wirklich nicht die geringste Ahnung von dem unübersehbaren Schaden, den sie uns durch ihre sinnlosen Drohungen im Ausland zufügen?

Aber die Deutschnationalen sind doch Gegner der Erfüllungspolitik! Allerdings. In jedem Falle, solange — andere in der Regierung sind. Bei der letzten Regierungskrise im Reich wollten sie, um repletionsfähig zu werden, sich sogar schriftlich auf die Erfüllungspolitik verpflichten! Ja, noch mehr die Deutschnationalen haben sich Frankreich selber als „geeignete Erfüllungsmänner“ angeboten mit dem Hinweis, daß eine starke deutschnationale Regierung größerer Garantien für die Leistung von Reparationen bietet. Auf dem Götterker Parteitag erklärte Herr Herat die Zeit für „einen gemeinsamen oprosionalen Plan zum Wiederaufbau der zerstörten französischen Gebiete“ für gekommen. Er wollte sich sogar von Frankreich folgende Sicherheiten verschreiben lassen: Verbot jeder Zwangsverwaltung, Abschaffung des Achtstundentages und Einschränkung der Demokratie.

Es gehört die ganze Gewissenlosigkeit und Unbestimmtheit der Deutschnationalen dazu, um angesichts dieser un-

überleglichen Tatsachen weiter gegen die Erfüllungspolitik zu heken, ja sogar zu ihrer Ermordung aufzufordern. (Das Deutsche Tageblatt drückte offen die Hoffnung aus, daß die „Politik speicheladerischer Erfüllung“ des Reichkanzlers Stresemann ihren Höhepunkt erreicht haben möge).

Wie die deutschen Nationalisten und Monarchisten tatsächlich zu der Erfüllungspolitik stehen, hat ein deutscher General in einem Interview der amerikanischen „Buffalo Sunday Times“ allzu freimütig enthüllt:

„Warum die Nationalisten sich hüten, die Verträge mit den Allierten mit zu unterzeichnen? Es ist klar, daß die Partei, die diese erzwungenen Abkommen mit unterzeichnet, von ganz Deutschland gehaßt und verflucht werden wird. Die Republikaner sollen diese schmutzige Arbeit verrichten. Das wird für uns äußerst vorteilhaft sein. Durch den aufgehobenen Horn werden wir und die Monarchie in den Sattel geworfen werden.“

Der General versichert dann noch, daß die Monarchisten dieses Abkommen und die Bedingungen des Reparationsabkommens „sorgfältig erfüllen werden. Die Schande aber wird auf den Republikanern liegen, nicht auf uns“.

„Unbestimmt um die Folgen...“ waren die Deutschnationalen natürlich auch für eine Fortsetzung des Wider-

standes an der Ruhr (nur die Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei im besetzten Gebiet waren anderer Meinung als ihre Führer in der Gruppe). Ja, durch ihr Eintreten für die Sabotageakte, Attentate, Sprengungen usw., die sie als „Akte deutscher Notwehr“ verteidigten, haben sie dem Abwehrkampf an der Ruhr ungeheuer geschadet und mehrmals die Gefahr brausbeschworen, daß dieses Durchbrechen des passiven Widerstandes zu einem Zerbrechen der deutschen Abwehrfront wurde. Daß der ganze nationalistische Hummel, abgesehen von den außerordentlich schädlichen Wirkungen in bezug auf die Haltung des Auslandes gegen uns, freis nur zu neuen Verdrückungen und Zwangsmahnahmen gegen die Bevölkerung des besetzten Gebietes führte, hat die Deutschnationalen bis heute nicht gehindert, ihr verbrecherisches Unwesen fortzusetzen. Auch die neuesten Gewaltmahnahmen Degouttes, die sich bis zur Ueberwachung der Schuljugend erstreckten, verdankt die Bevölkerung des besetzten Gebietes einzig den Untertanen der nationalistischen Geheimorganisations.

In der Tat: Wenn die deutschen nationalistischen Kreise von Poincaré bezahlt würden, könnten sie nicht besser für ihn arbeiten, als sie es jetzt tun. Und ein Sieg dieser Kreise, der Deutschnationalen und Deutschnationalen bei den Reichstagswahlen könnte kein größeres Glück für Poincaré, und kein größeres Unheil für Deutschland und das sich nach Frieden sehende, schaffende Volk in ganz Europa geben.

Sozialdemokratische Wahlerfolge

Gute Botschaften aus Dänemark und Finnland

Kopenhagen, 12. April. Die nun vorliegenden Ergebnisse der Reichstagswahlen bestätigen, daß die Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg errungen hat. Sie hat insgesamt statt der bisherigen 48 nunmehr 55 Mandate erhalten und damit einen Gewinn von 7 Mandaten davongetragen. Auch die Radikalen haben ihren Verlust von 18 auf 20 Mandate gesteigert, so daß die beiden Linksparteien zusammen eine absolute Mehrheit in neuen Reichstag erlangt haben. Verloren hat die linkskonservative Bauernpartei, deren Mandatszahl von 52 auf 44 zurückgegangen ist, während die mit ihr verbundene konservative Partei 27 Mandate 28 erlangt hat. Durch diesen Wahlausgang ist die bisherige Regierungsmehrheit zusammengebrochen und eine neue Linksmehrheit im Reichstag entstanden. Aus dieser Sachlage kann die jetzige bürgerliche Regierung nur die Konsequenzen durch den Rücktritt ziehen. Die weitere Folge ist dann, daß der König nach parlamentarischem Brauch die stärkste Oppositionspartei, und das ist die Sozialdemokratie, mit der Regierungsbildung beauftragt. Es wird erwartet, daß die Sozialdemokraten mit Unterstützung der bürgerlichen Radikalen unter dem Vorsitz des Genossen Stauning das neue Kabinett bilden.

Von Interesse ist, daß in dem früheren deutsch-schwedischen Gebiet die Sozialdemokratie große Erfolge gehabt und statt eines Mandats zwei erobert hat.

Stockholm, 12. April. Der Wahlerfolg der Sozialdemokraten gegenüber den Kommunisten in Finnland wird durch die neueren Meldungen aus Helsinki bestätigt. Das Verhältnis zwischen den bürgerlichen und den arbeitervertreterlichen Abgeordneten hat sich nur um zwei Mandate zuzunehmen der ersten veränderten. 122 (bisher 120) bürgerliche Reichstagsabgeordnete stehen 78 (80) Mitglieder der beiden Arbeiterparteien gegenüber. Dagegen hat sich das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in bemerkenswerter Weise verschoben. Die Zahl der kommunistischen Abgeordneten ist von 27 auf 18 zurückgegangen, also um nicht weniger als ein Drittel. Die sozialdemokratischen Mandate liegen von 53 auf 60. Von den bürgerlichen Parteien hat die Schwedische Volkspartei 24 (bisher 25), die konservativ-finnische Sammlungsliste 37 (bisher 35), die radikal-finnische Fortschrittspartei 17 (bisher 15) und die stark nationalistische radikale Kleinbauernpartei 44 (bisher 45) Mandate erhalten. Die feste Mehrheit für eine parlamentarische Regierung fehlt auch weiterhin. Es ist anzunehmen, daß die gegenwärtige Regierung noch mindestens den Sommer über im Amt bleiben wird.

Diesen beiden Nachrichten sind auch die Meldungen über die Wahlerfolge der Arbeiterpartei in Australien anzufügen. Sie bestätigen, daß es eine elende Wohlgeilte ist, wenn die bürgerlichen Blätter ihren Wählern einflößen, die Sozialdemokratie sei in der ganzen Welt im Niedergang befindlich, der „Marxismus“ sei international diskreditiert. Die Tatsachen bezeugen das Gegenteil. In allen kapitalistischen Ländern wächst der Gegensatz zwischen Besitz und Arbeit, die Schaffenden werden zum Kampfe gegen den Kapitalismus gezwungen, wenn anders Kultur, Fortschritt und Menschlichkeit aufrechterhalten werden sollen. Dieser Kampf des arbeitenden Volkes ist in allen Ländern im Kern sozialistisch, muß sozialistisch werden, selbst wenn er anfänglich mit unklaren bürgerlich-reformistischen Ideen behaftet begann. Die Entwicklung treibt und zwingt zur Klarheit. Auch „kommunistische“, das heißt bolschewistische Abirrungen, so begrenzt sie im jeweiligen Augenblick sind, werden forciert und überwunden. Die soziale Demokratie ist die einzige Lösung, die der völkischen und kulturverderbende Kapitalismus auf seiner „reizigen“ Stufe übrig läßt. So wird die Sozialdemokratie zur gegebenen politischen und sozialen Organisation des schaffenden Volkes. Die Wahlerfolge bestätigen diese geradezu gesetzmäßige Entwicklung.

ob sie aus Oesterreich, aus England, aus Australien, aus Finnland oder Dänemark gemeldet werden. Fortüberrgehend kann der Aufstieg der Sozialdemokratie in einzelnen Ländern gehindert oder gar mit Gewalt gedrosselt werden — siehe Italien. Auch können Stimmrückgänge erfolgen als Beweis, daß der bei der vorhergehenden Wahl erzielte Stimmzuwachs zu groß gewesen war und die Wähler nicht alle sozialistisch durchgebildet werden konnten. Aber am Grundgesetz des sozialistischen Kampfes wird durch vorübergehende Wahlschwächen nichts geändert. Er folgt der kapitalistischen Kurve mit unheimlicher Regelmäßigkeit. Und das ist es, was der Sozialdemokratie den Idealismus verleiht, die wissenschaftliche Zuversicht des dereinstigen Sieges.

Die nächsten Wahlen sind in Deutschland und in Frankreich. In beiden Ländern liegt die Augenblickssituation verschieden, die sozialen und politischen Kräfte haben sehr differenzierte taktische Notwendigkeiten zu erfüllen, der aufgeputzte Nationalismus trübt hüben und drüben die im Grunde lobende soziale Schlacht. Aber trotz aller Vermirrungen erkennt die deutsche Sozialdemokratie ihre nationale und internationale Pflicht. Es gilt, mit aller Kraft und Einigkeit die bürgerlichen Interessensparteien des Kapitalismus zu schwächen, zu schlagen, zu überwinden. Der Marxismus ist nicht diskreditiert, er lebt in den schaffenden Massen. Er ist als Sozialdemokratie tatkräftige Wirklichkeit.

Die deutsche Sozialdemokratie wird sich am 4. Mai der Bedeutung ihrer Aufgabe gewachsen zeigen!

Sozialistische Möglichkeiten in England

London, 12. April. (Fig. Draht.) Dem über die Osterfesttage in York stattfindenden Parteitag der Unabhängigen Arbeiterpartei, die auf sozialdemokratischem Boden steht, wird mit großem Interesse entgegengesehen, da dieser Parteitag der Partei die erste Gelegenheit bietet, öffentlich zur Regierung der Arbeiterpartei und ihrem Programm Stellung zu nehmen. Die Tagesordnung für den Parteitag umfaßt zahlreiche Anträge zur Außenpolitik und zur Nahrungfrage. Ein Antrag fordert die Regierung auf, die Möglichkeiten der praktischen Vermittlung sozialistischer Maßnahmen von Amts wegen prüfen zu lassen.

Die Regierung hat bereits eine Kommission ernannt, die eine Erhebung über die Lohnverhältnisse im Bergbau anstellen soll. Da der Kollektivvertrag im Bergbau am 17. April abläuft, wird die Arbeit bis zur endgültigen Regelung und Erneuerung des Tarifvertrages auf Grund kurzfristiger Vereinbarungen fortgesetzt werden.

Die Arbeiterregierungen in Australien

London, 12. April. (Fig. Drahtbericht.) Das Ergebnis der Wahlen, die unlängst in Australien stattgefunden haben, hat nunmehr sowohl in Süd- als Westaustralien einen Regierungswechsel zur Folge gehabt. In beiden Staaten hat die Arbeiterpartei die Regierungsbildung übernommen. In Westaustralien wurde Collier, ein früherer Bergarbeiter, und in Südaustralien Gunn, der ehemals Kraftwagenlenker war, Ministerpräsident. Da Tasmanien und Queensland bereits Arbeiterregierungen haben, sind nunmehr die von den sechs australischen Gliedstaaten von einem Kabinett der Labour Party regiert.

Sitzung der Internationale

London, 11. April. (Fig. Draht.) Die Geschäftskommission der Sozialistischen Arbeiter-Internationale beschloß am Freitag, den Zusammentritt der nächsten Gesamtsitzung, die nach dem Lugemburger Beschluß in der Pfingstwoche in Wien stattfindet, auf Donnerstag den 5. Juni festzusetzen.